

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 41 (1949)
Heft: 5

Artikel: Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1949
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353386>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDschau

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

HEFT 5 • MAI 1949 • 41. JAHRGANG

Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1949

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Vor sechzig Jahren hat der Internationale Arbeiterkongress, der am hundertsten Jahrestag des siegreichen Sturmes auf die Bastille in Paris zusammentrat, die Arbeiterschaft aller Länder erstmals aufgerufen, jeweils am 1. Mai für ihre legitimen Rechte und Forderungen zu demonstrieren. Während zweier Generationen ist diesem Rufe in ständig wachsender Zahl Folge gegeben worden. Die Kundgebungen waren nicht vergebens. Sie haben überall das soziale Gewissen geweckt. Der *Achtstundentag*, der damals als dringlichste Forderung aufgestellt wurde, ist heute in allen modernen Staaten verwirklicht; die *Kinderarbeit*, dieser Schrecken der aufkommenden Fabrikindustrie, ist abgeschafft und die *Nachtarbeit* weitgehend eingeschränkt. Die *internationale Arbeiterschutzgesetzgebung*, deren Förderung sich der Pariser Kongress zur Hauptaufgabe machte, hat gewaltige Fortschritte zu verzeichnen.

Diese beiden Generationen haben aber auch die Schrecken zweier Weltkriege erlebt, die namenlose Verwüstungen angerichtet und die sozialen Errungenschaften vielfach wieder illusorisch gemacht haben. Und während die Trümmer des Zweiten Weltkrieges noch bei weitem nicht beseitigt sind, zeigen sich schon drohend die Gefahren eines dritten. Nur höchste Wachsamkeit der Völker und grösste Anstrengungen der verantwortlichen Staatsmänner werden imstande sein, eine abermalige Wiederholung der früheren Katastrophen zu verhindern.

Es sind besonders zwei Uebel, die den Weltfrieden gefährden. Das eine ist die noch in weiten Gebieten herrschende wirtschaftliche Not. Wir stellen fest, dass die durch die amerikanische Hilfe angebahnte wirtschaftliche Zusammenarbeit der vom Krieg heimgesuchten Länder geeignet ist, den Wiederaufbau zu beschleunigen.

Das zweite Uebel ist der Zustand der Unmündigkeit, in dem viele Völker heute zu leben gezwungen sind. Wohl hat der Krieg faschistische Diktaturen gestürzt, doch sind andere bestehen geblieben und neue Diktaturen entstanden, die die Menschenrechte und den freien Volkswillen missachten.

Nur Staatsordnungen, die auf wirklich freiheitlicher Grundlage beruhen, geben den Völkern Gewähr für fortschrittliche Lösungen.

Mit ernster Sorge erfüllen uns die Vorgänge im eigenen Land. Seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges zeigt sich eine zunehmende Verschärfung der inneren Gegensätze. Die besitzenden Kreise weigern sich hartnäckig, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten mitzutragen, die der Krieg dem Lande aufgebürdet hat. Ein Beweis hierfür ist der verbissene Widerstand, den diese Kreise einer gesunden Ordnung der Bundesfinanzen auf dem Boden der Steuergerechtigkeit bereiten. Unter den wichtigsten Vorwänden, in Wirklichkeit aus rein egoistischen Interessen, machen sie unserem Bundesstaat die notwendigen Mittel zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben bedenkenlos streitig. Wir denunzieren mit Nachdruck dieses Verhalten angeblich patriotischer Kreise und stellen heute schon die Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen fest.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat immer wieder seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit bewiesen. Er hat noch im vergangenen Jahre die Hand zu dem *Verständigungsabkommen* geboten, um die akuten Gefahren einer Geldentwertung abzuwenden. Seitdem sind die Preise stabil geblieben. Preise und Währung werden aber aufs neue bedroht, wenn die Bundesfinanzen in Unordnung geraten oder aber der Bundesstaat seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann.

In den besitzenden Kreisen herrscht seit einiger Zeit ein Geist der Verneinung gegenüber jedem sozialen Fortschritt und dem Staat selbst, der zu ernstem Aufsehen mahnt.

Allem wird unbesehen der Kampf angesagt, selbst wo durch Verständigung erreichte Lösungen vorliegen, wie dies bei der Revision der Löhne und Besoldungen des Bundespersonals der Fall ist.

Bereits liegen auch Anzeichen dafür vor, dass man da und dort in Unternehmerkreisen der Gesamtarbeitsverträge überdrüssig zu werden beginnt.

Ernsteste Gefahren drohen unserer Demokratie durch die von anonymen Propagandazentralen mit den verwerflichsten Mitteln betriebene Agitation, die praktisch auf einen puren Nihilismus hinausläuft und überall eine Staatsverdrossenheit erzeugt, die schon jetzt unheilvolle Ausmasse angenommen hat.

Arbeiter, Angestellte Beamte!

*Allen diesen gegnerischen Machenschaften gilt es zu trotzen.
Nützet die Freiheitsrechte, die euch gegeben sind und steht
fest in engster Kampfgemeinschaft zusammen. Lasst euch
durch die lichtscheuen Propagandazentralen nicht verwirren.*

Zu einer ersten Auseinandersetzung werdet ihr am 22. Mai aufgerufen. An diesem Tage wird über das *Tuberkulosegesetz* abgestimmt. Es ist bezeichnend für den heute im Lande umgehenden reaktionären Geist, dass auch diesem Gesetz, dessen alleiniger Zweck darin besteht, die Gesundheit und die physische Widerstandskraft des Volkes zu heben, der Kampf angesagt wird. erinnert euch, wie gehässig vor zwei Jahren auch das Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung bekämpft wurde, dessen Wohltaten sich seit dem 1. Januar bereits auszuwirken beginnen und das heute keiner von euch mehr preisgeben möchte. Gebt den Gegnern die gebührende Antwort und legt am 22. Mai ein beherztes Ja in die Urne!

Unsere Losung zum ersten Mai 1949 lautet unverändert:

Freiheit, Fortschritt, Frieden!

Das Bundeskomitee
des Schweiz. Gewerkschaftsbundes.